

**Vorlage an den Landrat****betreffend Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind.**

Vom 29. Januar 2008

Inhalt	Seite	Seite
1 Einleitung	2	
2 Abzuschreibende Aufträge		3 Aufträge die weiterhin bearbeitet werden
2.1 Finanz- und Kirchendirektion		3.1 Finanz- und Kirchendirektion
- 2.1.1 Postulate	2	- 3.1.1 Postulate 6
- 2.1.2 Motionen	3	- 3.1.2 Motionen 8
2.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion		3.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion
- 2.2.1 Postulate	3	- 3.2.1 Postulate 8
- 2.2.2 Motionen	4	- 3.2.2 Motionen 9
2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion		3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion
- 2.3.1 Postulate	4	- 3.3.1 Postulate 9
- 2.3.2 Motionen	4	- 3.3.2 Motionen 14
2.4 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion		3.4 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion
- 2.4.1 Postulate	4	- 3.4.1 Postulate 14
- 2.4.2 Motionen	5	- 3.4.2 Motionen 15
2.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion		3.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion
- 2.5.1 Postulate	5	- 3.5.1 Postulate 15
- 2.5.2 Motionen	6	- 3.5.2 Motionen 17
2.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat		3.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat
- 2.6.1 Postulate	6	- 3.6.1 Postulate 17
- 2.6.2 Motionen	6	- 3.6.2 Motionen 17
4 Anträge		17

1 Einleitung

Gemäss § 46 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landrates vom 21. November 1994 unterbreiten wir Bericht und Antrag über diejenigen Motionen und Postulate, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung durch eine Vorlage oder einen Bericht des Regierungsrates erfüllt worden sind.

Die Vorlage enthält die **vor dem 1. Januar 2007** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Postulate** und die **vor dem 1. Januar 2006** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Motionen** gemäss § 46 Absatz 1 der Geschäftsordnung, und zwar mit einer Begründung zu denjenigen Aufträgen, deren Abschreibung wir beantragen (Ziffer 2), und mit einer kurzen Auskunft über den Stand der Bearbeitung jener Aufträge, die weiterhin beim Regierungsrat hängig bleiben sollen (Ziffer 3).

2 Abzuschreibende Aufträge

2.1 Finanz- und Kirchendirektion

2.1.1 Postulate

2.1.1.1 1995/172; Postulat von Max Ribi vom 21. September 1995: Für verständliche Steuerabrechnungen; überwiesen am 15/01/1996

Bereits bei Einreichung des Postulats zeichnete sich ab, dass die kantonale Steuerverwaltung ihre EDV-Systeme ablösen muss, wenn sie Fortschritte bei der Kundenfreundlichkeit ihres Steuerabrechnungs- und Bezugssystems machen will. Diese Ablösung konnte aus EDV-technischen Gründen allerdings erst nach dem Jahrtausendwechsel im Rahmen des Projektes Census erfolgen. Mit den Vorarbeiten für Census wurde im Jahr 2001 begonnen und das eigentliche Projekt dauerte von 2003 bis 2006. Nach Abschluss dieses Projekts und nach erfolgreicher Einführung der Steuersoftware NEST kann nun zum Anliegen des Postulats abschliessend Stellung genommen werden. Ein anspruchsvolles Ziel des Projekts Census war, die Staats- und die Gemeindesteuer gemeinsam mit einer Rechnung beziehen zu können. Dieses Ziel wurde vollumfänglich erreicht und heute machen 35 Gemeinden von der Möglichkeit des gemeinsamen Bezuges dieser beiden Steuern Gebrauch. Damit konnte für die betroffene Einwohnerschaft eine erhebliche Vereinfachung realisiert werden, die sehr geschätzt wird. Der Entscheid, ob die Gemeinde oder die kantonale Steuerverwaltung die Gemeindesteuer beziehen soll, liegt im Übrigen allein in der Kompetenz der Gemeinde. Die Gemeindeautonomie soll hier auch nicht angetastet werden, und der Regierungsrat wird keine diesbezüglichen Vorschriften erlassen. Die zusätzliche Berücksichtigung der direkten Bundessteuer auf einer gemeinsamen Rechnung ist hingegen nicht möglich (insb. aufgrund den unterschiedlichen Fälligkeiten).

Doch nicht nur die Einführung des gemeinsamen Steuerbezugs für die Staats- und die Gemeindesteuer führte zu einer spürbaren Verbesserung für die Kunden der kantonalen Steuerverwaltung, sondern folgende Ände-

rungen sind ebenfalls Gründe dafür:

- Mit der Einführung von NEST wurde die Detaillierung von Veranlagungen und Steuerabrechnungen massiv verbessert. Die Kontoauszüge sehen neu wie Kontoauszüge von Banken oder der Post aus. Die Abrechnung der Staatssteuer und der direkten Bundessteuer erfolgt zudem soweit irgendwie möglich nach den gleichen Grundsätzen.
- Verzugs- und Vergütungszinsrechnungen sind auf Anfrage bei der Steuerverwaltung erhältlich. Diese können neu per Knopfdruck vollautomatisch erstellt werden. Da derartige Berechnungen aber komplex sind und nicht in allen Fällen benötigt werden, werden diese nicht mehr automatisch versandt. Dies entspricht dem viel geäusserten Kundenbedürfnis, von der Steuerverwaltung nicht mit allzu viel Papier eingedeckt zu werden. Auf die für jedes Jahr geltenden, unterschiedlichen Zinssätze wird schon seit längerer Zeit auf einem jedem Kontoauszug beiliegenden Merkblatt hingewiesen.
- Zahlungsüberschüsse werden generell an offene Posten bei einem anderen Steuerkonto umgebucht. Auf die hin und wieder gewünschte Wahlmöglichkeit zwischen Rückforderung und Umbuchung wird hingegen weiterhin verzichtet. Dies würde zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand und damit zu höheren Personalkosten führen. Jeder Steuerkunde hat hingegen jederzeit die Möglichkeit, nicht verrechenbare Guthaben zurückzuverlangen.
- Schon seit längerer Zeit werden zeitgleich erstellte Dokumente der Steuerverwaltung in einem einzigen Couvert versandt.

Die weitere Optimierung der Verständlichkeit der Steuerunterlagen ist keinesfalls abgeschlossen und bleibt eine dauernde Aufgabe. So wurde zum Beispiel erst kürzlich der Text zu den Umbuchungen neu formuliert resp. das Programm so angepasst, dass die Umbuchungen leichter von den steuerpflichtigen Personen nachvollzogen werden können.

Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

2.1.1.2 1998/041; Postulat von Uwe Klein vom 19. Februar 1998: Vereinfachung des Gemeindesteuer-Einzuges bei juristischen Personen; überwiesen am 14/05/1998

Wie bereits bei der Berichterstattung zum Postulat von Max Ribi für verständliche Steuerabrechnungen (1995/172) erwähnt, musste die kantonale Steuerverwaltung ihre EDV-Systeme ablösen, wenn sie Fortschritte bei der Kundenfreundlichkeit ihres Bezugssystems machen wollte. Diese Ablösung war aus EDV-technischen Gründen aber erst nach dem Jahrtausendwechsel möglich und wurde im Rahmen des Projektes Census realisiert. Nach erfolgreichem Abschluss dieses Projekts und der Einführung der neuen Steuersoftware NEST kann das Postulat nun beantwortet werden.

Mit dem Postulat wird vorgeschlagen, den Bezug der Gemeindesteuer für juristische Personen der kantonalen Steuerverwaltung zu übertragen. Damit könnte insbesondere dann der Papierversand an die Steuerkunden reduziert werden, wenn die juristischen Personen in mehreren Gemeinden steuerpflichtig sind.

Im Zeitpunkt der Einreichung des Postulats gab es

noch keine Möglichkeit, die Staats- und Gemeindesteuern gemeinsam und mit einer Rechnung zu erheben. Mit der Einführung von NEST hat sich dies jedoch geändert und seit 2005 besteht die Möglichkeit des gemeinsamen Inkassos. Zurzeit werden die Staats- und Gemeindesteuern bei 35 Gemeinden gemeinsam mit einer Rechnung bezogen. Für diese ist die Zielsetzung des Postulats somit erfüllt. Der Entscheid, ob die Gemeinde oder die kantonale Steuerverwaltung die Gemeindesteuer beziehen soll, liegt im Übrigen allein in der Kompetenz der Gemeinde. Die Gemeindeautonomie soll hier auch nicht angetastet werden, und der Regierungsrat wird keine diesbezüglichen Vorschriften erlassen.

Einschränkend ist festzuhalten, dass einer juristischen Person beim gemeinsamen Bezug der Staats- und Gemeindesteuer nur eine gemeinsame Rechnung für die Gemeinde, in der sie primär steuerpflichtig ist, zugestellt wird. Ist sie in weiteren Gemeinden sekundär steuerpflichtig, so erhält sie für diese Gemeinden separate Steuerrechnungen. Bis heute sind in diesem Zusammenhang keine Klagen von Vertretern juristischer Personen bekannt. Aus Sicht der buchhalterischen Verarbeitung der Gemeindesteuerrechnungen ist dieses Vorgehen in den meisten Fällen auch zweckmässig.

Auch hier ist die weitere Optimierung der Steuerunterlagen eine dauernde Aufgabe.

Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

2.1.1.3 2006/010; Postulat der SVP-Fraktion vom 12. Januar 2006: Die H2 Pratteln-Liestal jetzt bauen überwiesen am 18/05/2006

Das Postulat verlangt vom Regierungsrat, dem Landrat einen Finanzierungsvorschlag für den Restbetrag zu unterbreiten. Zudem soll der Volkswille, die H2 Pratteln-Liestal zu bauen sofort auch umgesetzt werden. Mit dem konkreten Bau ist, gemäss Landratsbeschluss, respektive Verpflichtungskredit 2418/1995 und mit den im Budget 2006 vorgesehenen 15 Millionen, möglichst in diesem Jahr auch zu beginnen. Mit dem Bau soll dort begonnen werden, wo keine Einsprachen hängig sind, z.B. mit dem Anschluss „Liestal Nord“ oder „Pratteln Ost“.

Beim Bund ist darauf hinzuwirken, dass die H2 Pratteln-Liestal ins Agglomerationsprogramm Verkehr Nordwestschweiz in 1. Priorität aufgenommen wird und somit mit gebundenen Mitteln vom Bund mitfinanziert wird.

Die Finanzierung der H2 Pratteln-Liestal ist mit dem im Gesetz über den unverzüglichen Bau der H2 zwischen Pratteln und Liestal am 18. Mai 2006 beschlossenen speziellen Strassenfonds für die H2 sichergestellt (ohne Bundesbeiträge). Der Bund beteiligt sich im Rahmen des Infrastrukturfonds mit einem Anteil von 50% am Projekt: das Bundesamt für Strassen hat verbindlich bestätigt, dass Subventionen von 137.5 Mio. Franken zugesichert sind. Die Hauptarbeiten an der H2 Pratteln - Liestal haben im Oktober 2006 begonnen (neuer Vollanschluss "Liestal Nord"). Im Oktober 2007 wurden die Hauptarbeiten im Abschnitt Süd in Angriff genommen.

Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

2.1.2 Motionen

Keine

2.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

2.2.1 Postulate

2.2.1.1 2002/073; Postulat von Roland Plattner vom 14. März 2002: Spitex wie weiter; überwiesen am 28/11/2002

In der Vorlage über die Umsetzung des Neuen Finanzausgleichs (NFA) und die Lastenverteilung auf Kanton und Gemeinden (2007/021) hat sich der Regierungsrat eingehend mit der zukünftigen Finanzierung der Spitex auseinandergesetzt (vgl. insbesondere Abschnitt C.5). Es wurde beschlossen, eine Entflechtung der Aufgaben vorzunehmen und den Bereich Spitex vollumfänglich den Gemeinden zu übertragen. Dies bedeutet, dass die entsprechenden Aufgaben vollständig von den Gemeinden finanziert werden, soweit nicht die Krankenversicherungen, die Bezügerinnen und Bezüger oder Dritte Beiträge leisten. Für die mit dem NFA wegfallenden Bundessubventionen sowie für bisher vom Kanton finanzierte Aufgaben (Beiträge an Spitex-Koordinationsstelle, spezialisierte Spitex-Leistungen sowie Aus-, Fort- und Weiterbildung) wurden den Gemeinden auch die entsprechenden finanziellen Mittel in der Höhe von insgesamt rund 6,8 Mio. Franken im Rahmen der Umsetzung des NFA gutgeschrieben. Die Spitex-Koordinationsstelle sowie die überkommunalen Spitex-Dienste werden von den Gemeinden gemeinsam getragen.

Das Spitexgesetz und die dazu gehörenden Verordnungen wurden mit der kantonalen NFA-Gesetzgebung aufgehoben. Es verbleibt eine Umschreibung der Zuständigkeit der Gemeinden im Gesundheitsgesetz.

Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

2.2.1.2 2005/270; Postulat von Madeleine Göschke vom 20. Oktober 2005: Statt Bruderholz- und Felix Platter- ein neues gemeinsames Bruder Felix-Spital; überwiesen am 06/04/2006

Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat beauftragt, zu prüfen, ob ein gemeinsames Spitalprojekt im vordersten Birstal (z.B. Dreispitzareal) zweckmässiger und kostengünstiger wäre als der Neubau von zwei räumlich getrennten Spitälern mit doppelter Infrastruktur. Der Landrat hat in seiner Sitzung vom 15. November 2007 die Projektierungsvorlage betreffend Sanierung und Erweiterung des Kantonsspitals Bruderholz am bisherigen Standort beschlossen und gleichzeitig den Regierungsrat beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt die Varianten eines gemeinsamen Geriatriezentrums an den Standorten Bethesda und Bruderholz zu prüfen und dem Landrat zum Entscheid vorzulegen.

Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

2.2.1.3 2006/027; Postulat von Paul Schär vom 26. Januar 2006: Sicherheit für Pharma-Probanten

und Pharma-Forschung dank trinationalen Probanden-Register; überwiesen am 02/11/2006

Die Volkswirtschaft- und Gesundheitsdirektion hat das Anliegen in der trinationalen Oberrheinkonferenz erneut traktandiert. In der Folge wurde es in der Deutsch-Französisch-Schweizerischen Regierungskommission für den Oberrhein am 30. November 2007 in Basel besprochen. Die nationalen Regierungen haben somit davon Kenntnis genommen.

Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

2.2.2 Motionen

Keine

2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

2.3.1 Postulate

2.3.1.1 2004/276; Postulat von Madeleine Göschke vom 28. Oktober 2004: Car-Sharing bei Dienstfahrten der Kantonsverwaltung; überwiesen am 12/05/2005

Die kantonale Verwaltung hat das CarSharing-Angebot erstmals im Jahre 2000 und ein weiteres Mal im Jahre 2003 geprüft und gegenüber dem Privat-CarSharing keine Vorteile erkennen können. Zudem scheiterte das Projekt an den Möglichkeiten seitens Mobility. Der Kanton betreibt sehr erfolgreich ein Privat-CarSharing mit den Mitarbeitenden, ca. 1500 Mitarbeitende stellen dem Arbeitgeber ihr Privatfahrzeug für Dienstfahrten zur Verfügung. Aufgrund der relativ geringen Anzahl privater Mobility-Kunden im Raume Liestal ist es Mobility zurzeit nicht möglich, kostendeckend die notwendige Anzahl Fahrzeuge zur Verfügung zu stellen, welche tagsüber vom Kanton und an den Abenden und Wochenenden von privaten Mobility-Kunden genutzt werden. Erneute Verhandlungen mit Mobility in diesem Jahr und Bedürfnisse einzelner Direktionen führten dazu, dass das für das kantonale Fahrzeugwesen zuständige Tiefbauamt mit Mobility einen Rahmenvertrag für den Kanton BL - mit Anschlussmöglichkeit aller Verwaltungsstellen - abgeschlossen hat. In einem ersten Schritt wurde ein Mobility-Anschlussvertrag für das Kantonale Sozialamt abgeschlossen und ein Mobility-Fahrzeug auf dem Parkplatz Rheinstrasse 29 stationiert. Per 1. Februar 2008 erfolgt eine Vertragserweiterung für die Bau- und Umweltschutzdirektion. Mobility baut auf diesen Zeitpunkt hin den Standort Rheinstrasse 29 mit einem Fahrzeug der Kategorie Economy aus. Dieses Fahrzeug steht dann allen Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung als Poolfahrzeug für Dienstfahrten zur Verfügung. Bei entsprechendem Bedarfsnachweis können jederzeit weitere Anschlussverträge für andere Direktionen und Dienststellen erstellt werden.

Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

2.3.1.2 2006/052; Postulat von Rolf Richterich vom 16. Februar 2006: Einsatz von Erdgasfahrzeugen bei Ersatz und Neubeschaffungen von kantonalen Fahrzeugen; überwiesen am 14/12/2006

Gegenüber umweltfreundlichen und alternativen An-

triebsarten ist die kantonale Verwaltung positiv eingestellt. Das erste Erdgasfahrzeug für die kantonale Verwaltung wurde bereits 2004 angeschafft, nachdem die erste Erdgastankstelle in der Region in Betrieb genommen wurde. Seither wird bei jeder Ersatz- oder Zusatzanschaffung geprüft, ob ein Erdgas angetriebenes Fahrzeug das Anforderungsprofil erfüllt. Die Erdgasflotte im kantonalen Fahrzeugpark besteht z.Zt. aus acht Fahrzeugen.

Vor jeder Ersatz- oder Zusatzanschaffung werden folgende Kriterien geprüft:

1. Ist eine Ersatz- oder Zusatzanschaffung überhaupt notwendig?
2. Bietet CarSharing eine Alternative?
3. Erfüllt ein Erdgasfahrzeug die Anforderungskriterien?

Für die Beschaffung von Erdgasfahrzeugen wurden folgende Kriterien definiert:

1. Das Fahrzeug muss dem Anforderungsprofil von Fahrzeugnutzer und Beschaffungsstelle entsprechen.
2. Das Fahrzeug soll im Normalfall zu 100% mit Erdgas betrieben werden können.
3. Eine Erdgastankstelle muss in der Nähe des Einsatzgebietes vorhanden sein. (Es dürfen keine Mehrkilometer aufgrund des Tankvorganges notwendig sein)

Das für die kantonale Fahrzeugflotte zuständige Tiefbauamt, wie auch die Fahrzeugnutzenden haben mit den Erdgasfahrzeugen gute Erfahrungen gemacht und begrüssen den Weiterausbau der Erdgasflotte.

Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

2.3.2 Motionen

Keine

2.4 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

2.4.1 Postulate

2.4.1.1 1999/201; Postulat von Eric Nussbaumer vom 14. Oktober 1999: Baselbieter Zeitspende-Preis; überwiesen am 13/01/2000

Seit der Überweisung des Postulats im Jahre 2000 ist die gesellschaftliche und politische Anerkennung der Freiwilligenarbeit gestiegen. Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass eine Vielzahl von Aufgaben im sozialen, kirchlichen, sportlichen und kulturellen Gebiet ohne Freiwillige nicht bewältigt werden könnten. Das verdient unser aller Lob. Es ist bemerkenswert und als ausserordentlich positiv zu werten, dass immer mehr Menschen einen Teil ihrer Zeit sinnvoll und nutzbringend dort einsetzen wollen, wo Mitmenschen Hilfe benötigen. Es ist nicht möglich, mit einem jährlichen "Zeitspende-Preis" - wie auch immer ausgestaltet - diesen Einsatz durch den Kanton annähernd zu honorieren. Der Regierungsrat nimmt die sich bietenden Gelegenheiten bei Anlässen, Veranstaltungen und Besuchen wahr, den in der Freiwilligenarbeit engagierten Institutionen und ihren vielen Helferinnen und Helfern für ihre beeindruckende Arbeit zu danken. Auf diese Weise will er dazu beitragen, dass die Freiwilligenarbeit die verdiente öf-

fentliche Anerkennung erhält.

Freiwilligenarbeit verdient Respekt und Anerkennung. Dies erfolgt idealerweise im Rahmen der jeweiligen Organisation. Das kann beispielsweise durch die Ermöglichung von guten Rahmenbedingungen wie Begleitung der Freiwilligen, angemessene Spesenregelungen, Übernahme von Weiterbildungskosten, Sicherstellung des Versicherungsschutzes oder Sichtbarmachung der "Kosten" der Freiwilligenarbeit im Budget der Institution erfolgen.

Wir verweisen auch auf das Postulat 2002/318 zur Aufwertung der Freiwilligenarbeit, das der Landrat im März 2003 abgeschrieben hat. Das Parlament zeigte sich befriedigt, dass der Regierungsrat die massgeblichen Vereinigungen der Wirtschaft, des Handels und der Gemeinwesen gebeten hat, den Sozialzeitausweis einzuführen. In der kantonalen Verwaltung ist es Praxis, bei der Berechnung der Erfahrungsstufe für die Lohnfestlegung die auch ausserhalb der beruflichen Tätigkeit - zum Beispiel in der Freiwilligenarbeit - erworbenen Kenntnisse zu berücksichtigen. Auch das ist eine Form der Anerkennung der Freiwilligenarbeit.

In unserem Kanton kennen wir schon zahlreiche Preise: Beispielsweise den Sportpreis, den Chancengleichheitspreis und den Kulturpreis. Für die Einführung weiterer Preise ist Zurückhaltung geboten, umso mehr, als jeweils der administrative Aufwand beträchtlich ist.

Es wird beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

2.4.1.2 1999/185; Postulat von Max Ribi vom 16. September 1999: Beschleunigung der Verfahren am Zivilgericht; überwiesen am 27/01/2000

Gemäss Information des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements ist geplant, die Zivilprozessordnung des Bundes am 1. Januar 2010 einzuführen. Da auf diesen Zeitpunkt die basellandschaftliche Zivilprozessordnung durch die Zivilprozessordnung des Bundes abgelöst wird, macht es keinen Sinn mehr, unsere kantonale Zivilprozessordnung - wie im Postulat verlangt - auf das Beschleunigungspotential zu überprüfen und gegebenenfalls die notwendigen Gesetzes- und Dekretsänderungen vorzunehmen.

Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

2.4.1.3 2004/311; Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Dezember 2004: Effilex; überwiesen am 21/04/2005

Das Projekt Effilex wurde abgeschlossen, die Überprüfung der Rechtserlasse auf ihre Aktualität und ihre Notwendigkeit gilt aber als Dauerauftrag. Alle Direktionen haben die Projektunterlagen mit den Überprüfungs-kriterien erhalten und sie wurden eingeladen, die Effilexüberprüfung zu den in ihren Zuständigkeitsbereich gehörenden Erlassen durchzuführen, wie es die JPMD in den letzten Jahren getan hat und wie sie es auch weiterhin im Zusammenhang mit Gesetzesrevisionen machen wird (neuere Beispiele: Revision Verwaltungsprozessordnung, Revision Datenschutzgesetz, Revision Bürgerrechtsgesetz). Aufgrund der Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt war es nicht erforderlich, wesentliche Mängel und/oder Unklarheiten zu bereinigen.

Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

2.4.2 Motionen

Keine nicht fristgerecht erfüllten.

*

Abschreibungsantrag der JPMD zu einer Motion in ordentlicher Behandlungsfrist:

2.4.2.1 2006/132; Motion von Karl Willmann vom 11. Mai 2006: Motorfahrzeugprüfungen im Oberbaselbiet: Transparenz herstellen!; überwiesen am 11/05/2006

Der Regierungsrat hat die Forderungen der Motion erfüllt (vgl. die Vorlagen 2006-188, Bericht zum Postulat "Motorfahrzeugkontrolle: Warum keine Zusammenarbeit mit Privaten?" und 2006-104, Beantwortung der Interpellation "Private zu dumm für Motorfahrzeugprüfungen?"). Zudem hat die paritätische Betriebskommission der Motorfahrzeugprüfstation im September 2007 beschlossen, bis auf weiteres auf die Motorfahrzeugprüfstation "Oberbaselbiet" in Bubendorf zu verzichten und stattdessen dem TCS beider Basel und dem Autogewerbeverband beider Basel die Möglichkeit zu offerieren, die Durchföhrung von amtlichen Motorfahrzeugprüfungen zu übernehmen.

Der Regierungsrat beantragt, die Motion abzuschreiben.

2.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

2.5.1 Postulate

2.5.1.1 2004/009; Postulat von Thomas Schulte vom 22. Januar 2004: Erhöhung der Entschädigungsansätze für die Expertentätigkeit im Bereich der Lehrabschlussprüfungen im Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 06/05/2004

Am 27. November 2007 hat der Regierungsrat beschlossen, die Vergütung für die Expertentätigkeit an Lehrabschluss- und Zwischenprüfungen auf Fr. 21.-- pro Stunde anzuheben. Bei nachgewiesenem Verdienstaustausch oder bei Expertentätigkeit in der Freizeit

kann wie bisher eine zusätzliche Vergütung von Fr. 20.-- pro Stunde geltend gemacht werden. Aufgrund dieses Entscheids wird die Abschreibung des Postulats beantragt.

Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

*

Abschreibungsantrag der BKSD zu einem Postulat in ordentlicher Behandlungsfrist:

2.5.1.2 2006/155; Postulat von Simone Abt vom 8. Juni 2006: Psychomotoriktherapie für alle Kinder, die sie brauchen; überwiesen am 22/03/2007

Als kurzfristige Massnahme wird seit einiger Zeit vermehrt Gruppenförderung vom zuständigen Dienst in der Psychomotoriktherapie eingesetzt. Zudem wird verstärkt Beratung von Eltern und Lehrpersonen angeboten. Mit der Stiftung Pädagogisch-therapeutisches Zentrum ist ab 1.8.2007 ein zusätzliches befristetes Pensum von 50% vereinbart worden, um die Warteliste in den besonders betroffenen Regionen Leimental und Birseck abzubauen.

Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

2.5.2 Motionen

Keine

2.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht

2.6.1 Postulate

Keine

2.6.2 Motionen

Keine

3 Aufträge, die weiterhin bearbeitet werden

3.1 Finanz- und Kirchendirektion

3.1.1 Postulate

3.1.1.1 2000/049; Postulat von Esther Maag vom 24. Februar 2000: Arbeitsteilungs-Modelle bei Verwaltungskadern und Gerichtspräsidenten; überwiesen am 19/10/2000

Ein Projekt zur Einführung von Teilzeitarbeit in Kaderfunktionen hat differenzierte Empfehlungen erbracht. Sie werden aktualisiert und im Rahmen einer Landratsvorlage im 2. Halbjahr 2008 an das Parlament überwiesen.

3.1.1.2 2000/187; Postulat von Alfred Zimmermann vom 21. September 2000: Strikte Nachtruhe zwischen 22'00 und 06'00 auf dem EuroAirport: Ände-

rung des Staatsvertrags; überwiesen am 30/11/2000

Der Landrat hat die Beantwortung des Postulats stehen gelassen, weil damals die Situation am Flughafen Zürich und deren Auswirkungen auf den Flughafen Basel-Mulhouse unklar gewesen sind. An dieser Situation hat sich grundsätzlich nichts geändert (insb. ist das neue Betriebsreglement von Zürich-Kloten noch nicht rechtskräftig). Die erneute Behandlung des Postulats ist erst dann sinnvoll, wenn die Unklarheiten beseitigt sind.

3.1.1.3 2000/246; Postulat von Esther Maag vom 30. November 2000: Kinderbetreuung beim Kanton überwiesen am 11/01/2001

Wird auf der Basis der Vorlage zum Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung verarbeitet, welche im 1. Quartal 2008 an das Parlament überwiesen werden soll. Das Gesetz ist zurzeit in Vernehmlassung.

3.1.1.4 2002/127; Postulat der Petitionskommission vom 28. Mai 2002: Für mehr Qualität im Gesundheitswesen (Zif. 3 als Postulat überwiesen); überwiesen am 05/09/2002

Wird auf der Basis der Vorlage zum Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung verarbeitet, welche im 1. Quartal 2008 an das Parlament überwiesen werden soll. Das Gesetz ist zurzeit in Vernehmlassung.

3.1.1.5 2003/080; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 27. März 2003: Vorlage eines neuen Finanzierungskonzeptes zwecks - mindestens teilweiser - Beseitigung der vorhandenen Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse; überwiesen am 19/06/2003

Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die Situation näher analysiert und qualitative und quantitative Handlungsvarianten prüft. Die Ergebnisse werden zuerst dem Regierungsrat vorgelegt. Eine Landratsvorlage sollte im 2. Semester 2008 verabschiedet werden können.

3.1.1.6 2003/039; Postulat der Grünen-Fraktion vom 6. Februar 2003: Nachtflugsperrung in Zürich verlangt Nachtflugsperrung in Basel; überwiesen am 04/09/2003

Wird zusammen mit Postulat 2000/187 „Strikte Nachtruhe zwischen 22'00 und 06'00 auf dem EuroAirport: Änderung des Staatsvertrags“ beantwortet.

3.1.1.7 2002/304; Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Erbschafts- und Schenkungssteuer bei der Unternehmensnachfolge; überwiesen am 30/10/2003

Wird in die Vorlage zur Revision der Erbschafts- und Schenkungssteuer aufgenommen. Die diesbezügliche Vernehmlassungsvorlage wird im ersten Quartal 2008 verabschiedet werden.

3.1.1.8 2002/309; Postulat der FDP-Fraktion vom 28. November 2002: Abschaffung / Milderung der Kapitalsteuer bei juristischen Personen; überwiesen am 30/10/2003

Wurde mit der Unternehmenssteuerreform 2007 nicht abgeschlossen. Es wird entweder in die nächste Revision der Unternehmenssteuern aufgenommen (abhängig von der eidgenössischen Abstimmung vom 24. Februar 2008) oder separat im kommenden Jahr behandelt.

3.1.1.9 2003/112; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Neue Chancen für den beruflichen Wiedereinstieg; überwiesen am 13/11/2003

Bleibt gemäss Landratsbeschluss bestehen bis sich auf Bundesebene eine Lösung ergibt.

3.1.1.10 2003/312; Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2003: Änderung des Verkehrsabgabegesetzes; überwiesen am 27/05/2004

Die fachlichen Vorgaben des Bundes zur Ökologisierung des Verkehrsabgabengesetzes sind noch nicht vorhanden. Das bis Ende 2008 befristete Dekret soll verlängert werden.

3.1.1.11 2004/049; Postulat der SP-Fraktion vom 19. Februar 2004: Ergänzung des Dekrets zum Finanzhaushaltsgesetz zur Festlegung von Spezialfinanzierungen; überwiesen am 09/09/2004

Wird mit der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes verarbeitet, welche im 2. Halbjahr 2008 dem Parlament überwiesen wird.

3.1.1.12 2003/234; Postulat der SVP-Fraktion vom 16. Oktober 2003: Die Finanzkontrolle muss von der Verwaltung unabhängig werden; überwiesen am 23/09/2004

Wird in der Vorlage zum neuen Finanzkontrollgesetz verarbeitet, welche im 1. Quartal 2008 dem Parlament überwiesen werden soll.

3.1.1.13 2004/195; Postulat der PUK-Informatik vom 14. Oktober 2004: Datenschutz; überwiesen am 14/10/2004

Die Regelungen zur Umsetzung dieses Postulates sind erarbeitet, müssen aber noch verwaltungsintern abgestimmt werden. Im 1. Quartal 2008 wird die Vorlage an das Parlament überwiesen.

3.1.1.14 2005/058; Postulat von Martin Rüegg vom 24. Februar 2005: Standesinitiative betreffend Oberaufsicht des Bundes über die Erdbebenvorsorge; überwiesen am 17/11/2005

Der Bund, die Kantonalen Gebäudeversicherer und die Privatassekuranz erarbeiten derzeit eine gesamtschweizerische Erdbebenversicherung. Es ist sinnvoll diese Ergebnisse abzuwarten, bevor andere Schritte eingeleitet werden.

3.1.1.22 2005/114; Postulat von Hans-Jürgen Ring-

3.1.1.15 2005/083; Postulat der SVP-Fraktion vom 10. März 2005: Effilex: Aufhebung des Landratsbeschlusses betreffend Bergwerkseigentum; überwiesen am 17/11/2005

Wird zusammen mit nahverwandten Fragestellungen in einer Vorlage bearbeitet, die dem Parlament im 1. Quartal 2008 überwiesen wird.

3.1.1.16 2005/141; Postulat der SP-Fraktion vom 26. Mai 2005: Sonderfinanzierung von Investitionen, die durch Gebühren refinanziert werden; überwiesen am 23/02/2006

Wird mit der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes verarbeitet, welche im 2. Halbjahr 2008 dem Parlament überwiesen wird.

3.1.1.17 2005/271; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 20. Oktober 2005: Nicht nur Akademiker für unser Baselbiet; überwiesen am 27/04/2006

Die Landratsvorlage wird im 2. Quartal 2008 ans Parlament überwiesen.

3.1.1.18 2005/127; Postulat von Jürg Wiedemann vom 12. Mai 2005: Befristete Verkehrssteuerbefreiung für Elektro-, Erdgas- und Biogasfahrzeuge; überwiesen am 27/04/2006

Die fachlichen Vorgaben des Bundes zur Ökologisierung des Verkehrsabgabengesetzes sind noch nicht vorhanden. Das bis Ende 2008 befristete Dekret soll verlängert werden.

3.1.1.19 2005/257; Postulat der SVP-Fraktion vom 22. September 2005: Steuerliches Anreizsystem zum Energiesparen und zum Einsatz erneuerbarer und alternativer Energien; überwiesen am 11/05/2006

Die Landratsdebatte vom 1. November 2007 zur Energiepolitik wurde abgewartet. Das Postulat wird voraussichtlich im ersten Semester 2008 bearbeitet.

3.1.1.20 2005/317; Postulat der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2005: Strukturell bedingte Unterdeckung der Pensionskasse beseitigen! überwiesen am 11/05/2006

Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die Situation näher analysiert und qualitative und quantitative Handlungsvarianten prüft. Die Ergebnisse werden zuerst dem Regierungsrat vorgelegt. Eine Landratsvorlage sollte im 2. Semester 2008 verabschiedet werden können.

3.1.1.21 2006/016; Postulat von Marc Joset vom 12. Januar 2006: Personalbefragung; überwiesen am 11/05/2006

Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die Umsetzung der Anliegen des Postulates prüft. Die Ergebnisse werden im 2. Quartal 2008 vorliegen.

genberg vom 21. April 2005: Einführung einer gene-

rellen Strassenkasse resp. eines Strassenfonds; überwiesen am 08/06/2006

Der mit dem Gesetz über den unverzüglichen Bau der H2 zwischen Pratteln und Liestal am 18. Mai 2006 beschlossene spezielle Strassenfonds für die H2 (Fonds 8310) ermöglicht es, Erfahrungen mit der zweckgebundenen Strassenfinanzierung zu sammeln. Allerdings stellt die Führung von zwei Strassenfonds gleichzeitig nebeneinander für den Regierungsrat keinen gangbaren Weg dar, und der H2-Fonds stellt auch kein Präjudiz für die Einführung eines generellen Strassenfonds dar. Ein genereller Strassenfonds, gespiesen aus zweckgebundenen Steuern, Abgaben und Beiträgen, soll deshalb frühestens geprüft werden, wenn der spezielle Strassenfonds für die H2 ausläuft. Dies ist frühestens Ende 2011 der Fall, spätestens Ende 2016.

3.1.2 Motionen

3.1.2.1 1999/074; Motion von Eric Nussbaumer vom 15. April 1999: Kantonales Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung II; überwiesen am 02/09/1999

Wird in der Vorlage zum Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung verarbeitet, welche im 2008 an das Parlament überwiesen werden soll. Das Gesetz ist zurzeit in Vernehmlassung.

3.1.2.2 2005/080; Motion der Geschäftsprüfungskommission vom 10. März 2005: "Managementaudit bis auf Direktionsebene"; überwiesen am 07/04/2005

Wird in der Vorlage zum neuen Finanzkontrollgesetz verarbeitet, welche im 1. Quartal 2008 dem Parlament überwiesen werden soll.

3.1.2.3 2005/055; Parlamentarische Initiative der SVP-Fraktion vom 24. Februar 2005: Verwendung ausserordentlicher Erträge; überwiesen am 27/10/2005

Wird mit der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes verarbeitet, welche in der 2. Jahreshälfte 2008 dem Parlament überwiesen wird.

3.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

3.2.1 Postulate

3.2.1.1 1999/169; Postulat der FDP-Fraktion vom 2. September 1999: Optimierung der Transportinfrastruktur am Oberrhein und Hochrhein; überwiesen am 23/03/2000

Eine trinationale Untersuchung ist in Auftrag gegeben. Im Januar 2008 hat das Kickoff-Meeting zu diesem Projekt stattgefunden. Im Aufsichtsgremium sind neben den drei zuständigen Handelskammern die Volkswirtschaftsdirektoren BL und BS, der Oberbürgermeister der Stadt Weil und die Région Haut-Rhin vertreten. Zielvorgabe: im Jahr 2009 soll eine Entscheidungsgrundlage vorliegen.

3.2.1.2 2001/036; Postulat von Roland Bächtold vom 8. Februar 2001: Schaffung eines Verbands-

klagerechts für Tierschutzorganisationen; überwiesen am 26/04/2001

Der Regierungsrat wird dem Landrat zu diesem Postulat noch im ersten Semester 2008 eine separate Vorlage unterbreiten.

3.2.1.3 2001/070; Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirkungskontrolle bei der Standortpolitik und den dafür wichtigen Gesetzen; überwiesen am 31/05/2001

Der Vorstoss soll im Rahmen des kommenden Wirtschaftsberichts beantwortet und abgeschrieben werden.

3.2.1.4 2003/279; Postulat von Eric Nussbaumer vom 13. November 2003: Perspektivenbericht Kantonsspital Laufen; überwiesen am 01/04/2004

Die Erstellung einer Landratsvorlage zur Beschaffung eines CT-Gerätes konnte im Jahre 2007 entgegen der Absicht nicht abgeschlossen werden; sie wird im Jahr 2008 dem Landrat unterbreitet werden. Die gleichzeitige Vorlage des Perspektivenberichtes im Zusammenhang mit der erwähnten Beschaffungsvorlage wird immer noch als richtig erachtet, weshalb dieser Bericht ebenfalls im Jahre 2008 vorgelegt werden wird.

3.2.1.5 2004/273; Postulat von Martin Rüegg vom 28. Oktober 2004: Schutz der Nichtraucher; überwiesen am 13/01/2005

Der Vorstoss wird nach Vorliegen des Ergebnisses zur Volksinitiative "Schutz vor Passivrauchen" der Lungen- und Krebsligen beider Basel weiter bearbeitet.

3.2.1.6 2005/221; Postulat der FDP-Fraktion vom 8. September 2005: Zürich will Spitzenmedizin in Basel und Bern auslöschen; überwiesen am 08/09/2005

Der Landrat hat in seiner Sitzung vom 8. September 2005 mit 77 zu 0 Stimmen den Beitritt des Kantons Basel-Landschaft zur Interkantonalen Vereinbarung über die Koordination und Konzentration der hochspezialisierten Medizin (IVKKM) beschlossen. Er wollte mit dieser klaren Zustimmung auch ein Zeichen setzen an die Adresse des Regierungsrates des Kantons Zürich und diesen einladen, die IVKKM ebenfalls mitzutragen. In der gleichen Sitzung überwies der Landrat die Motion mit 75 zu 0 Stimmen und 2 Enthaltungen als Postulat. Die Bestrebungen des Landrates, durch diese klaren Voten das Zustandekommen der IVKKM positiv zu beeinflussen, halfen leider nicht, und es musste zur Kenntnis genommen werden, dass das Konkordat definitiv gescheitert war. Die Plenarversammlung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und Gesundheitsdirektoren (GDK) beschloss in der Folge nach einjähriger Sistierungsphase aufgrund vorliegender Gutachten und eingehender Diskussion, die Koordinationsarbeiten zur Konzentration der hochspezialisierten medizinischen Leistungen voranzutreiben. Das neu erarbeitete Konkordat legt verschiedene Grundsätze fest, die bei der gesamtschweizerischen Planung der hochspezialisierten Medizin zu beachten sind. Diese decken sich überwiegend mit den bereits im Rahmen der Vorarbeiten entwickelten Grundsätzen. Der Zeitplan zur Beratung und Ratifizierung des Konkordats sieht eine Beschlussfassung

durch eine Plenarversammlung der GDK noch im Frühjahr 2008 vor. Die Behandlung in den Kantonsparlamenten (Ratifizierung) ist im zweiten Semester 2008 vorgesehen. Die als Postulat überwiesene Motion wird in der entsprechenden Landratsvorlage zur Abschreibung beantragt werden.

3.2.1.7 2005/230; Postulat der FDP-Fraktion vom 8. September 2005: Neue Arbeitsplätze für Pratteln sichern!; überwiesen am 20/10/2005

Der Vorstoss soll im Rahmen des kommenden Wirtschaftsberichts beantwortet und abgeschrieben werden.

3.2.1.8 2005/162; Postulat von Georges Thüring vom 9. Juni 2005: Das Baselbiet braucht eine Wachstumsinitiative!; überwiesen am 06/04/2006

Der Vorstoss soll im Rahmen des kommenden Wirtschaftsberichts beantwortet und abgeschrieben werden.

3.2.1.9 2005/113; Postulat der SVP-Fraktion vom 21. April 2005: Effilex: Aufhebung des Regierungsratsbeschlusses betreffend Ruhegehalt der Hebammen; überwiesen am 06/04/2006

Eine ehemalige Gemeindehebamme bezieht noch ein Ruhegehalt auf der Grundlage des betreffenden Regierungsratsbeschlusses. Dieser kann deshalb noch nicht aufgehoben werden.

3.2.1.10 2005/281; Postulat von Thomas de Courten vom 27. Oktober 2005: Aktivierung der Wirtschaftspolitik des Kantons Baselland; überwiesen am 06/04/2006

Der Vorstoss soll im Rahmen des kommenden Wirtschaftsberichts beantwortet und abgeschrieben werden.

3.2.1.11 2005/099; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 7. April 2005: Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit; überwiesen am 18/05/2006

Der Regierungsrat hat am 27. Juni 2006 eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag, eine gemeinsame Strategie zu erarbeiten, wie künftig die Jugendlichen in koordinierter Weise betreut und vor Arbeitslosigkeit möglichst bewahrt werden können. Die Arbeitsgruppe hat diesen Auftrag durch Vorlage des Berichtes "Strategien gegen die Erwerbslosigkeit Jugendlicher im Kanton Basel-Landschaft" erledigt. Sie wurde bei ihren Arbeiten von einem externen Fachbüro unterstützt. Der Bericht wurde am 30. Januar 2007 von der Regierung zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Ergebnisse des Berichtes sind an einer Medienkonferenz am 8. Februar 2007 bekannt gemacht worden. In konkreter Umsetzung der Berichtsergebnisse hat die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion in der Zwischenzeit ein Projekt unter dem Titel "BerufsWegBegleitung" (BWB) erarbeitet, welches bei der eruierten Hauptproblematik ansetzt. Es ist beabsichtigt, das Projekt zu Jahresbeginn 2008 verwaltungsintern zum Mitbericht zu unterbreiten und es danach direkt dem Landrat zur Behandlung zuzuleiten. Das Postulat 2005/099 wird in der entsprechenden Landratsvorlage zur Abschreibung beantragt werden.

3.2.1.12 2005/224; Postulat von Karl Willmann vom 8. September 2005: Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Wald; überwiesen am 08/06/2006

Ursprünglich sollte das Postulat im Rahmen einer Revision des kantonalen Waldgesetzes aufgenommen werden. Diese Revision erhält nun aber wegen des voraussichtlichen Scheiterns der Waldgesetz-Revision auf Bundesstufe unbestimmte Verzögerung. Aus diesem Grund erfolgt die Beantwortung nun „eigenständig“ im Laufe der ersten Jahreshälfte 2008. Inhaltlich ist zum Postulat zu vermerken, dass die Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen in aller Regel in den Waldentwicklungsplänen behandelt wird.

Zudem wurde die Frage bei der Bildung der Zweckverbände gestellt und in den meisten Fällen für die Waldeigentümer befriedigend gelöst.

3.2.2 Motionen

3.2.2.1 2002/086; Motion der FDP-Fraktion vom 21. März 2002: Ausbau der Hafentbahn; überwiesen am 14/11/2002

Bedingt durch die Zusammenlegung der Rheinhäfen kann die Risikoanalyse in Sachen Versorgungssicherheit erst im laufenden Jahr 2008 in Auftrag gegeben werden.

3.2.2.2 2004/270; Motion von Elisabeth Augstburger vom 28. Oktober 2004: Frische Luft für mehr Genuss; überwiesen am 13/01/2005

Der Vorstoss wird nach Vorliegen des Ergebnisses zur Volksinitiative "Schutz vor Passivrauchen" der Lungen- und Krebsligen beider Basel weiter bearbeitet.

3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

3.3.1 Postulate

3.3.1.1 1983/229; Postulat der CVP-Fraktion vom 5. Dezember 1983: Weiterführung der BLT-Linie 70 Reigoldswil - Basel (Aeschenplatz) zum Bahnhof SBB Basel; überwiesen am 02/02/1987

Unter der Leitung der Koordinationskommission Verkehr und der Paritätischen Kommission BVB/BLT werden derzeit die Grundlagen für einen Entscheid in dieser Sache erarbeitet. Die Arbeiten stehen vor dem Abschluss. Die Ergebnisse werden im ersten Halbjahr 2008 im Rahmen der Beantwortung dieses Postulates (und analogen Vorstössen) dem Landrat vorgelegt.

3.3.1.2 1989/024; Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB; überwiesen am 03/05/1993

Gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt wird das Tramnetz derzeit einer generellen Überprüfung unterzogen. Die Grundlagen dazu wurden 2007 erstellt. Die Ausgestaltung des zukünftigen Liniennetzes wird derzeit erarbeitet. Im 2008 kann mit Ergebnissen gerechnet werden.

3.3.1.3 1994/016; Postulat von Peter Kuhn vom

20. Januar 1994: Rollstuhlgängige, behindertengerechte Trams und Busse auf den Linien der BLT für Rollstuhlfahrer/Innen, Gehbehinderte, betagte Leute, Frauen und Männer mit Kinderwagen, etc.; überwiesen am 10/02/1994

Das Anliegen wird im Rahmen der Revision des Gesetzes über die Förderung des öffentlichen Verkehrs behandelt werden. Diese Vorlage wird nach der Beratung des 6. Generellen Leistungsauftrages (welcher noch nach altem Recht erstellt wird) im Frühling 2009 erarbeitet werden.

Die im Postulat vorgebrachten praktischen Wünsche (u.a. Niederflurfahrzeuge) sind unterdessen weitgehend erfüllt.

3.3.1.4 1997/189; Postulat von Max Ritter vom 25. September 1997: Bahn Sissach - Läuelfingen - Olten; überwiesen am 25/09/1997

Die geforderte Beibehaltung des Regionalverkehrs auf der S9 wurde unterdessen durch den Landrat beschlossen. Die Integration der ganzen Strecke in den TNW ist Gegenstand eines im Jahr 2007 erteilten Prüfauftrags an den TNW. Die Ergebnisse werden 2008 vorliegen.

3.3.1.5 1998/093; Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam; überwiesen am 26/11/1998

Der geforderte gesetzliche Rahmen wurde durch das eidgenössische Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) weitgehend geschaffen. Für neue oder umzubauende Haltestellen müssen die Vorgaben betreffend die Einstiegshöhe und die taktilen Markierungen durch den Kanton nach Massgabe des Gesetzes umgesetzt werden. Eine Musterzeichnung für Haltestellen wurde durch das Tiefbauamt erstellt und unterdessen für verbindlich erklärt. Mit der Revision des Gesetzes über die Förderung des öffentlichen Verkehrs werden diese Vorgaben auch im kantonalen Recht festgeschrieben werden. Diese Vorlage wird nach der Beratung des 6. Generellen Leistungsauftrages (welcher noch nach altem Recht erstellt wird) im Frühling 2009 erarbeitet werden.

3.3.1.6 1999/255; Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal; überwiesen am 24/02/2000

Die Prüfung dieses Projekts ist im Gang. In diese Überlegungen fliessen auch die Entwicklungen im Gebiet Salina-Raurica ein. Mit Ergebnissen kann voraussichtlich 2009 gerechnet werden.

3.3.1.7 2000/037; Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Februar 2000: Umfahrung Allschwil / Verkehrsentlastung Leimental; überwiesen am 06/04/2000

Die Planungsstudie und die Zweckmässigkeitsprüfung für die Südumfahrung Basel sind abgeschlossen. Die als zweckmässig beurteilte Variante wurde in den KRIP-Entwurf aufgenommen, stösst aber bei den diversen Agglomerationsgemeinden auf starken Widerstand. Die Südumfahrung als auch der Zubringer Allschwil wurden ins Agglomerationsprogramm in der C-Liste (Realisierung nach 2019) aufgenommen. Nach Behandlung des KRIP ist die Analyse der Probleme

und der Bedürfnisse als Grundlage für den Beschluss über das weitere Vorgehen vorgesehen.

3.3.1.8 2000/080; Postulat von Max Ritter vom 6. April 2000: Änderung des Gesetzes über den Denkmal- und Heimatschutz; überwiesen am 21/09/2000

Vor der abschliessenden Erledigung müssen die Ergebnisse der laufenden politischen Diskussionen auf Bundesebene abgewartet werden.

3.3.1.9 2000/274; Postulat vom 29. Dezember 2000: Petition zu Gunsten der Buslinie 70; überwiesen am 22/02/2001

Unter der Leitung der Koordinationskommission Verkehr und der Paritätischen Kommission BVB/BLT werden die Grundlagen für eine Entscheidung in dieser Sache derzeit erarbeitet. Die Arbeiten stehen vor dem Abschluss. Die Ergebnisse werden im ersten Halbjahr 2008 im Rahmen der Beantwortung dieses Postulates (und analogen Vorstössen) dem Landrat vorgelegt.

3.3.1.10 2001/114; Postulat von Alfred Zimmermann vom 26. April 2001: Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe; überwiesen am 31/05/2001

Als Grundlage für eine allfällige Revision auf kantonaler Ebene sind die Ergebnisse der angelaufenen Revision des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) abzuwarten.

3.3.1.11 2001/129; Postulat der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Einführung eines Öko-Effizienz-Profiles in der kantonalen Verwaltung; überwiesen am 29/11/2001

Die Einführung eines systematischen Umweltmanagementsystems ist nicht opportun. Durch die Einführung von Recyclingpapier, weiterer Kampagnen und durch die neue Arbeitsgruppe Nachhaltige ökologische Beschaffung sind eine Reihe von Massnahmen bereits eingeleitet worden. Das Postulat wird deshalb im 1. Semester 2008 in diesem Sinne zusammen mit den Postulaten 2002/101 und 2003/081 beantwortet.

3.3.1.12 2001/161; Postulat von Heinz Aebi vom 7. Juni 2001: Ausbau der SBB-Linie Basel - Laufen-Delémont; überwiesen am 29/11/2001

Im Rahmen der Gesamtschau zur zukünftigen Entwicklung der Bahnprojekte (ZEB) ist der Ausbau der Linie Basel - Delémont erneut nicht enthalten. Die Regierung hat bereits vor der offiziellen Vernehmlassung (Frühling 2007) bei den zuständigen Stellen interveniert. Dies führte zur Aufnahme dieses Wunsches in die "Ergänzungsoptionen zu ZEB". Zudem wurde unterdessen gemeinsam mit der SBB eine Planungsstudie für die Weiterentwicklung der Regio-S-Bahn Basel abgeschlossen. Ein Kredit für die weitere Planung wird dem Landrat Ende 2008 vorgelegt.

3.3.1.13 2001/251; Postulat von Remo Franz vom 25. Oktober 2001: Entlastung der Aescher Hauptstrasse; überwiesen am 10/01/2002

Das Vorprojekt für den Ausbau H18-Anschluss Aesch zum Vollanschluss liegt vor, die Kreditvorlage (Projek-

tierungskredit) an den Landrat wird zurzeit vorbereitet und soll 2008 dem Landrat unterbreitet werden (inkl. Abschreibung Postulat). Parallel läuft die Projektierung 'Anschluss Dornach/ Aesch an die H18 (Federführung: Kanton Solothurn) mit einer neuen Brücke über die Birs (Die Mitwirkung zur Machbarkeitsstudie erfolgte im 4. Quartal 2007).

3.3.1.14 2002/101; Postulat von Esther Maag vom 18. April 2002: Einführung eines Umweltmanagementsystems in der kantonalen Verwaltung zur Erreichung der CO₂-Zielvorgaben; überwiesen am 12/12/2002

Die Einführung eines systematischen Umweltmanagementsystems ist nicht opportun. Durch die Einführung von Recyclingpapier, weiterer Kampagnen und durch die neue Arbeitsgruppe Nachhaltige ökologische Beschaffung sind eine Reihe von Massnahmen bereits eingeleitet worden. Das Postulat wird deshalb im 1. Semester 2008 in diesem Sinne zusammen mit Postulat 2001/129 und 2003/081 beantwortet.

3.3.1.15 2003/081; Postulat von Isaac Reber vom 27. März 2003: Urwaldfreundlicher Kanton; überwiesen am 30/10/2003

Die Einführung eines systematischen Umweltmanagementsystems ist nicht opportun. Durch die Einführung von Recyclingpapier, weiterer Kampagnen und durch die neue Arbeitsgruppe Nachhaltige ökologische Beschaffung sind eine Reihe von Massnahmen bereits eingeleitet worden. Das Postulat wird deshalb im 1. Semester 2008 in diesem Sinne zusammen mit Postulat 2001/129 und 2002/101 beantwortet.

3.3.1.16 2003/122; Postulat von Robert Ziegler vom 22. Mai 2003: Verkehrsmässige Erschliessung des Sportzentrums St. Jakob; überwiesen am 15/01/2004

Nach der Gutheissung der Beschwerden der Gemeinden MuttENZ und Birsfelden betreffend Veranstaltungsparkieren auf dem Schänzli durch das Kantonsgericht am 17. Oktober 2007 muss ein neues Verkehrs- und Parkierungskonzept im Rahmen der Partnerschaftsverhandlung BL/BS (TP5) erarbeitet werden. Die Beantwortung wird voraussichtlich 2008 erfolgen.

3.3.1.17 2003/194; Postulat von Ivo Corvini vom 4. September 2003: Tramlinie 6 zum Bahnhof SBB (als Zusatzlinie); überwiesen am 22/01/2004

Gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt wird das Tramnetz derzeit einer generellen Überprüfung unterzogen. Die Grundlagen dazu wurden 2007 erstellt. Die Ausgestaltung des zukünftigen Liniennetzes wird derzeit erarbeitet. Im 2008 kann mit Ergebnissen gerechnet werden.

3.3.1.18 2003/221; Postulat von Patrick Schäfli vom 18. September 2003: Mehr Privatwirtschaft - weniger Staat: Ueberprüfung der Aufgaben des Tiefbauamtes Basel-Landschaft; überwiesen am 22/01/2004

Nachdem die Änderungen im Zusammenhang mit NFA teilweise bereits realisiert (Bau Nationalstrassen beim Bund, Filiale ASTRA Zofingen), bzw. beschlossen sind (Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen und kant. Hochleistungsstrassen H2 und H18 bei der ab 1. März 2008 neu zu gründenden Nationalstrassen Nordwestschweiz AG) erfolgt eine Berichterstattung im ersten Semester 2008.

3.3.1.19 2003/148; Postulat von Franz Hilber vom 19. Juni 2003: Dritte Sporthalle am Gymnasium Liestal; überwiesen am 22/04/2004

Das Gemeinde Sportanlagen Konzept Liestal (GESAK) hat den Bedarf einer zusätzlichen Sporthalle am Gymnasium Liestal bestätigt. Für die Planung einer 2-fach Sporthalle für das Gymnasium Liestal sind im Budget 2008 Fr. 300'000.-- eingestellt. Im Jahresprogramm 2008 des Regierungsrates ist das Projekt ebenfalls aufgeführt.

3.3.1.20 2003/319; Postulat von Esther Maag vom 11. Dezember 2003: Effizienzsteigerung des Öffentlichen Verkehrs im Leimental; überwiesen am 22/04/2004

Die geforderte Taktverdichtung kann erst nach 2011 in Aussicht gestellt werden, das dafür nötige Rollmaterial wird bestellt. Gemeinsam mit Basel-Stadt soll zudem der Margarethenstich als neue Direktverbindung Leimental - Basel SBB in den nächsten zehn Jahren realisiert werden. Die Ausgestaltung des zukünftigen Liniennetzes wird derzeit erarbeitet.

3.3.1.21 2004/004; Postulat von Patrick Schäfli vom 15. Januar 2004: Parking-Situation im St. Jakob; überwiesen am 06/05/2004

Nach der Gutheissung der Beschwerden der Gemeinden MuttENZ und Birsfelden betreffend Veranstaltungsparkieren auf dem Schänzli durch das Kantonsgericht am 17. Oktober 2007 muss ein neues Verkehrs- und Parkierungskonzept im Rahmen der Partnerschaftsverhandlung BL/BS (TP5) erarbeitet werden. Die Beantwortung wird voraussichtlich 2008 erfolgen.

3.3.1.22 2004/091; Postulat von Andreas Helfenstein vom 1. April 2004: Mehr Zug für das Baselbiet, Angebotsausbau der S-Bahn Basel; überwiesen am 14/10/2004

Gemeinsam mit der SBB ist eine Planungsstudie für die Weiterentwicklung der Regio-S-Bahn Basel erstellt worden. Ein Kredit für die weitere Planung wird dem Landrat Ende 2008 vorgelegt.

3.3.1.23 2004/119; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 6. Mai 2004: Parkplatzbewirtschaftung beim St. Jakob-Park; überwiesen am 13/01/2005

Nach der Gutheissung der Beschwerden der Gemeinden MuttENZ und Birsfelden betreffend Veranstaltungsparkieren auf dem Schänzli durch das Kantonsgericht am 17. Oktober 2007 muss ein neues Verkehrs- und Parkierungskonzept im Rahmen der Partnerschaftsverhandlung BL/BS (TP5) erarbeitet werden. Die Beantwortung wird voraussichtlich 2008 erfolgen.

3.3.1.24 2004/102; Postulat von Andreas Helfenstein vom 22. April 2004: Ohne Parkplatzsorgen zum St. Jakob-Park; überwiesen am 13/01/2005

Nach der Gutheissung der Beschwerden der Gemeinden MuttENZ und Birsfelden betreffend Veranstaltungsparkieren auf dem Schänzli durch das Kantonsgericht am 17. Oktober 2007 muss ein neues Verkehrs- und Parkierungskonzept im Rahmen der Partnerschaftsverhandlung BL/BS (TP5) erarbeitet werden.

3.3.1.25 2004/153; Postulat von Andreas Helfenstein vom 24. Juni 2004: Mit der Bahn zum St. Jakob-Park Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr 2005 - 2009; überwiesen am 13/01/2005

Die Aufnahme von Einzelleistungen in den Generellen Leistungsauftrag ist nicht vorgesehen. Allerdings werden für Grossanlässe weiterhin Züge zum St. Jakob-Park geführt. Diese Angebote sind aber nicht abgeltungsberechtigt. Eine Erfüllung des Postulats kann frühestens in Rahmen des Generellen Leistungsauftrags 2010-2013 erfolgen. Dieser wird derzeit erarbeitet.

3.3.1.26 2005/064; Postulat von Remo Franz vom 24. Februar 2005: Für eine Fusion der Umweltämter beider Basel; überwiesen am 12/05/2005

Wird bearbeitet im Projekt "AUE beider Basel". Ein zweiter Zwischenbericht zusammen mit dem Postulat 2005/063 an den Landrat wird per Mitte 2008 erstellt.

3.3.1.27 2004/301; Postulat von Esther Maag vom 25. November 2004: Umfassendes Verkehrskonzept St. Jakob; überwiesen am 12/05/2005

Nach der Gutheissung der Beschwerden der Gemeinden MuttENZ und Birsfelden betreffend Veranstaltungsparkieren auf dem Schänzli durch das Kantonsgericht am 17. Oktober 2007 muss ein neues Verkehrs- und Parkierungskonzept im Rahmen der Partnerschaftsverhandlung BL/BS (TP5) erarbeitet werden. Die Beantwortung wird voraussichtlich 2008 erfolgen.

3.3.1.28 2005/063; Postulat von Anton Fritschi vom 24. Februar 2005: Gemeinsames Amt für Umwelt und Energie BL und BS; überwiesen am 12/05/2005

Wird bearbeitet im Projekt "AUE beider Basel". Ein zweiter Zwischenbericht zusammen mit dem Postulat 2005/064 an den Landrat wird per Mitte 2008 erstellt.

3.3.1.29 2004/317; Postulat von Georges Thüning vom 8. Dezember 2004: Zusammenlegung der kantonalen Laboratorien; überwiesen am 12/05/2005

Hierfür werden die Ergebnisse der Beratung des Regierungsrates über eine Verwaltungsreform BL abgewartet. Eine Beantwortung könnte evtl. auch im Rahmen des Projektes "AUE beider Basel" erfolgen.

3.3.1.30 2005/101; Postulat von Jürg Degen vom 7. April 2005: Tarifverbund TriRegio; überwiesen am 26/01/2006

Die Weiterentwicklung des Tarifverbundes sollte koordiniert erfolgen sowohl innerhalb des bestehenden Gebietes als auch mit den benachbarten Verbundgebieten im In- und Ausland. Es besteht bereits eine enge grenzüberschreitende Kooperation im Bereich des Tarifwesens. Eine weitergehende Überprüfung der Strukturen wird in den nächsten Jahren erfolgen.

3.3.1.31 2005/045; Postulat der SVP-Fraktion vom 3. Februar 2005: Aufhebung der Konzession zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Liestal nach Waldenburg eventuell Langenbruck; überwiesen am 26/01/2006

Gemäss Verfügung des Bundesamts für Verkehr vom 4. September 2006 ist die Konzession der PostAuto AG für die Linie 94 Waldenburg - Langenbruck - Balsthal per Dezember 2008 zu erneuern. Obwohl die Konzession der Waldenburgerbahn noch bis 2019 gültig ist, soll diese Gelegenheit für eine Bereinigung der Konzessionsverhältnisse zwischen Liestal, Waldenburg und Langenbruck genutzt werden.

3.3.1.32 2005/279; Postulat der Umweltschutz- und Energiekommission vom 27. Oktober 2005: Energie sparen - Energie gewinnen; überwiesen am 06/04/2006

Wird behandelt in einer Landratsvorlage bei der Umsetzung der Energiestrategie BL mit weiteren parlamentarischen Vorstössen zum gleichen Thema.

3.3.1.33 2005/231; Postulat von Rita Bachmann vom 8. September 2005: Zur Haltestellen - Verlegung für die Buslinien 70 und 80 am Aeschenplatz; überwiesen am 06/04/2006

Unter der Leitung der Koordinationskommission Verkehr und der Paritätischen Kommission BVB/BLT werden derzeit die Grundlagen für einen Entscheid in dieser Sache erarbeitet. Die Arbeiten stehen vor dem Abschluss. Die Ergebnisse werden im ersten Halbjahr 2008 im Rahmen der Beantwortung dieses Postulates (und analogen Vorstössen) dem Landrat vorgelegt.

3.3.1.34 2006/064; Postulat von Andreas Helfenstein vom 23. Februar 2006: Weichen in die Zukunft richten: Entwicklungspotential der Regio S-Bahn nutzen!; überwiesen am 06/04/2006

Gemeinsam mit der SBB ist eine Planungsstudie für die Weiterentwicklung der Regio-S-Bahn Basel erstellt worden. Ein Kredit für die weitere Planung wird dem Landrat Ende 2008 vorgelegt.

3.3.1.35 2005/235; Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Viertelstunden - Takt Gelterkin-

den- Aesch; überwiesen am 06/04/2006

Gemeinsam mit der SBB ist eine Planungsstudie für die Weiterentwicklung der Regio-S-Bahn Basel erstellt worden. Ein Kredit für die weitere Planung wird dem Landrat Ende 2008 vorgelegt.

**3.3.1.36 2005/258; Postulat der Fraktion der Grünen vom 22. September 2005: Erschliessung Kantons-
spital Bruderholz mit dem öffentlichen Verkehr;
überwiesen am 06/04/2006**

Im Rahmen der Erarbeitung des 6. Generellen Leistungsauftrags 2010 - 2013 wird auch die Erschliessung des Kantonsspitals einer Prüfung unterzogen.

**3.3.1.37 2005/319; Postulat von Regula Meschberger vom 14. Dezember 2005: Asbestsanierungen
öffentlicher Gebäude; überwiesen am 06/04/2006**

Die Behandlung des Postulats erweist sich insofern als komplex, als dass verschiedene kantonale Fachstellen von der Thematik Asbest betroffen sind. Es haben diesbezügliche direktions- und fachstellenübergreifende Gespräche stattgefunden. Die abschliessende, verwaltungsinterne Behandlung des Postulats ist im 1. Semester 2008 vorgesehen.

**3.3.1.38 2006/115; Postulat der FDP-Fraktion vom
27. April 2006: Kein Verzicht auf den Wisenberg-
tunnel; überwiesen am 27/04/2006**

Die vom eidgenössischen Parlament geforderte Gesamtschau zu den noch nicht realisierten Bahnprojekten von Bahn 2000 und NEAT wird im Frühling/Sommer 2008 unter dem Titel ZEB beraten werden. Die Kantone der Nordwestschweiz haben sich mit einer Standesinitiative klar für die Beibehaltung des Wisenbergtunnels als rasch zu realisierendes Projekt ausgesprochen. Das weitere Vorgehen kann erst nach dem Abschluss dieser Beratungen geplant werden.

**3.3.1.39 2005/234; Postulat von Esther Maag vom
8. September 2005: Zusammenlegung der Verkehrs-
leitzentrale; überwiesen am 11/05/2006**

Ab 1. Februar 2008 übernimmt der Bund (ASTRA) mit der Verkehrsleitzentrale in Emmen die Koordination des Verkehrsmanagements auf den Nationalstrassen. Die kantonalen Leitzentralen sind bis zur Umsetzung des Leitbildes Verkehrstelematik (IST-CH 2012) weiterhin für das operative Verkehrsmanagement zuständig. Bezüglich einer allfälligen regionalen Leitzentrale (im Rahmen NFA bzw. Verkehrsmanagement-Schweiz VM-CH) sind umfangreiche Abklärungen zwischen ASTRA und den Kantonen BL und BS notwendig. Die zuständigen Fachstellen sind am Erarbeiten entsprechender Lösungen.

**3.3.1.40 2005/269; Postulat von Hannes Schweizer
vom 20. Oktober 2005: Lehrlingsausbildung als
Eignungs- oder Zuschlagkriterium bei öffentlichen
Beschaffungen; überwiesen am 19/10/2006**

Gemeinschaftliche Lösung mit Basel-Stadt wird angestrebt. Federführung zur Ausarbeitung eines ersten Vorschlags, unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus den Kantonen Aargau und Bern, durch das Submissionsbüro Basel-Stadt. Bearbeitung im 2008.

3.3.1.41 2005/280; Postulat der SVP-Fraktion vom**27. Oktober 2005: Drittes Geleise im Ergolzthal; über-
wiesen am 16/11/2006**

Gemeinsam mit der SBB ist eine Planungsstudie für die Weiterentwicklung der Regio-S-Bahn Basel erstellt worden. Ein Kredit für die weitere Planung wird dem Landrat Ende 2008 vorgelegt.

**3.3.1.42 2006/011; Postulat von Jürg Wiedemann
vom 12. Januar 2006: Sanierung der Chemiemüll-
deponien in Muttenz; überwiesen am 30/11/2006**

Wir beantworten nach Abschluss des Beurteilungsverfahrens zu den ehem. Deponien Muttenz gemäss Altlasten-Verordnung.

**3.3.1.43 2006/077; Postulat von Daniel Wenk vom
23. März 2006: Unterhalt der Wälder entlang von
Kantonsstrassen; überwiesen am 14/12/2006**

Die Vorlage ist beim Tiefbauamt in Bearbeitung. Ein Vorgehensvorschlag ist im Verlaufe des 4. Quartals 2008 geplant.

**3.3.1.44 2006/173; Postulat von Ivo Corvini vom
22. Juni 2006: Verbesserung der Abläufe bei der
Feuerungskontrolle und weitergehende Liberalisie-
rung; überwiesen am 14/12/2006**

Abklärungen sind in Bearbeitung. Beantwortung des Postulats im Verlauf von 2008 vorgesehen.

**3.3.1.45 2006/174; Postulat von Esther Maag vom
22. Juni 2006: Verkehrsentlastung im Ergolzthal;
überwiesen am 14/12/2006**

Die Prüfung der zukünftigen Erschliessung im Ergolzthal ist im Gang. In diese Überlegungen werden alle öffentlichen Verkehrsträger einbezogen. Mit Ergebnissen kann voraussichtlich 2009 gerechnet werden.

**3.3.1.46 2006/122; Postulat von Marc Joset vom
27. April 2006: Realisierung eines Nachtbusnetzes;
überwiesen am 14/12/2006**

Das Nachtnetz wurde umfassend überprüft und im Sinne des Postulats ein neues, unternehmensübergreifendes Konzept entwickelt. Es befindet sich derzeit in der allgemeinen Vernehmlassung. Bei einem positiven Verlauf kann die Umsetzung im Dezember 2008 erfolgen.

**3.3.1.47 2006/098; Postulat von Kaspar Birkhäuser
vom 6. April 2006: Minergie-Standard für Salina
Raurica; überwiesen am 14/12/2006**

Die Beantwortung kann erst nach Beschluss der LRV Salina-Raurica erfolgen (voraussichtlich noch im 2008).

3.3.2 Motionen

3.3.2.1 1998/192; Motion der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenbergtunnel. Dem 2. Jura-durchstich zum Durchbruch verhelfen; überwiesen am 04/03/1999

Die vom eidgenössischen Parlament geforderte Gesamtschau zu den noch nicht realisierten Bahnprojekten von Bahn 2000 und NEAT wird im Frühling/Sommer 2008 unter dem Titel ZEB beraten. Die Kantone der Nordwestschweiz haben sich mit einer Standesinitiative klar für die Beibehaltung des Wisenbergtunnels als rasch zu realisierendes Projekt ausgesprochen. Das weitere Vorgehen kann erst nach Abschluss dieser Beratungen geplant werden.

3.3.2.2 2004/115; Motion von Regula Meschberger vom 6. Mai 2004: Ausscheidung von Zonen für die Errichtung von Versorgungsanlagen (Mobilfunkanlagen, UMTS-Anlagen); überwiesen am 28/10/2004

Die Anliegen werden 2008 im Rahmen einer Landratsvorlage bearbeitet - in Abstimmung mit dem Bundesrecht.

3.4 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

3.4.1 Postulate

3.4.1.1 2001/025; Postulat von Peter Zwick vom 25. Januar 2001: Einsetzung eines Tierschutzanwaltes; überwiesen am 22/02/2001

Die Fachpersonen der VGD und der JPMD arbeiten zur Zeit den Entwurf einer Vorlage aus.

3.4.1.2 2001/163; Postulat von Remo Franz vom 7. Juni 2001: Einführung des Öffentlichkeitsprinzips; überwiesen am 10/01/2002

Die Vernehmlassungsvorlage für ein kantonales Informations- und Datenschutzgesetz wird im 1. Quartal 2008 zur Vernehmlassung unterbreitet.

3.4.1.3 2002/032; Postulat von Christoph Rudin vom 7. Februar 2002: Revision des Gesetzes über den Ombudsman; überwiesen am 23/01/2003

Die Vernehmlassungsvorlage für eine Revision des Ombudsmangengesetzes wird im 1. Quartal 2008 zur Vernehmlassung unterbreitet.

3.4.1.4 2003/019; Postulat der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Erhöhung der sichtbaren Polizei-präsenz in Zentren und öffentlichen Räumen unseres Kantons; überwiesen am 27/11/2003

Das Anliegen wird im Rahmen der Vorlage "Reorganisation der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung der Polizei" behandelt. Die Vorlage wird dem Parlament im ersten Semester 2008 zugeleitet.

3.4.1.5 2003/298; Postulat von Rolf Richterich vom 27. November 2003: Verbesserung der Verkehrssicherheit auf den Autobahnen; überwiesen am 22/01/2004

Die Vorlage an den Landrat erfolgt im Februar 2008.

3.4.1.6 2003/282; Postulat von Elisabeth Schneider vom 13. November 2003: Beschwerderecht der Gemeinden im verwaltungs- und verfassungsgerichtlichen Verfahren; überwiesen am 22/01/2004

Das Postulat wird mit der beim Landrat hängigen Vorlage 2007/129 Änderung des Enteignungsgesetzes und des Raumplanungs- und Baugesetzes zur Abschreibung beantragt.

3.4.1.7 2004/154; Postulat der SVP-Fraktion vom 24. Juni 2004: Überholverbot für Lastwagen auf der Strecke Basel Richtung Belchentunnel und in entgegengesetzter Richtung; überwiesen am 23/09/2004

Die Vorlage an den Landrat erfolgt im Februar 2008.

3.4.1.8 2004/274; Postulat der FDP-Fraktion vom 28. Oktober 2004: Raser weg von der Strasse!; überwiesen am 24/02/2005

Die Vorlage an den Landrat erfolgt im 1. Quartal 2008.

3.4.1.9 2004/302; Postulat von Urs Hammel vom 25. November 2004: Verkehrsrowdys härter bestrafen; überwiesen am 24/02/2005

Die Vorlage an den Landrat erfolgt im 1. Quartal 2008.

3.4.1.10 2005/232; Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) beider Basel und der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) in beiden Basel; überwiesen am 16/02/2006

Im Auftrag der Betriebskommission der Motorfahrzeugprüfstation beider Basel wird zur Zeit eine Detailanalyse durchgeführt. Näher geprüft werden die beiden Varianten "Verstärkung der Zusammenarbeit" oder "Zusammenlegung der Ämter", d.h. der Motorfahrzeugkontrollen Baselland und Basel-Stadt und der Motorfahrzeugprüfstation beider Basel in Münchenstein. Die im Jahre 2008 vorliegende Detailanalyse wird den beiden Kantonsregierungen als Grundlage für den Entscheidung dienen, ob sie den beiden Kantonsparlamenten eine Vorlage betreffend die Realisierung des "Strassenverkehrsamts beider Basel" unterbreiten werden.

3.4.1.11 2006/013; Postulat der SP-Fraktion vom 12. Januar 2006: Regionales Konzept Gefängnisplanung; überwiesen am 18/05/2006

Die Vorlage an den Landrat erfolgt im Jahre 2008.

3.4.1.12 2006/009; Postulat von Ursula Jäggi vom 12. Januar 2006: §§ 48 ff (H. Rechte und Pflichten Privater) des Polizeigesetzes seien dahingehend zu ändern, dass die Tätigkeit privater Sicherheitsorganisationen geregelt wird; überwiesen am 18/05/2006

Es ist geplant, das nunmehr 10 Jahre alte Polizeigesetz im 2. Semester 2008 einer generellen Abklärung und

Aktualisierung zu unterziehen. Dabei wird auch das Anliegen des Postulats geprüft werden.

3.4.1.13 2006/049; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Februar 2006: Bildet eine Sicherheitsdirektion; überwiesen am 18/05/2006

Der im Postulat verlangte Evaluationsbericht wird im zweiten Semester 2008 erarbeitet werden.

3.4.1.14 2006/017; Postulat von Madeleine Göschke vom 12. Januar 2006: Zusammenschluss der Anlaufstellen von Sanität und Feuerwehr zu einer einzigen Einsatzzentrale und deren gemeinsamer Betrieb mit Basel-Stadt; überwiesen am 18/05/2006

Das Postulat wird zur Zeit bearbeitet.

3.4.1.15 2006/151; Postulat von Daniela Gaugler vom 8. Juni 2006: Temporeduktion und Fussgängerstreifen Neuhof; überwiesen am 08/06/2006

Mit Rücksicht darauf, dass bei den zuständigen Fachdirektionen - der JPMD und der BUD - Abklärungen und Evaluationen betreffend die Entschärfung der Verkehrssituation im Bereich Neuhof im Gange sind, wurde mit der Postulantin vereinbart, dass mit der Beantwortung ihres Postulats im Rahmen einer Vorlage vorläufig zugewartet wird.

3.4.1.16 2006/117; Postulat von Hansruedi Wirz vom 27. April 2006: Die Kantone erheben für die Abgabe der Kleinhandelsbewilligung (Handel mit gebranntem Wasser) eine Gebühr, deren Höhe sich nach Art und Bedeutung des Geschäftsbetriebes bemisst (Alkoholgesetz Art.41a / SR 680); überwiesen am 02/11/2006

Der Vorstoss wird in der Vernehmlassungsvorlage "Teilrevision des Gastgewerbegesetzes - Verbesserung des Jugendschutzes bei der Abgabe von alkoholischen Getränken" zur Abschreibung beantragt.

3.4.1.17 2006/170; Postulat von Martin Rüegg vom 22. Juni 2006: Für eine präventive Preisgestaltung alkoholischer Getränke; überwiesen am 16/11/2006

Der Vorstoss wird in der Vernehmlassungsvorlage "Teilrevision des Gastgewerbegesetzes - Verbesserung des Jugendschutzes bei der Abgabe von alkoholischen Getränken" zur Abschreibung beantragt.

3.4.1.18 2006/152; Postulat von Urs Hintermann vom 8. Juni 2006: Kein nächtlicher Alkoholverkauf mehr; überwiesen am 16/11/2006

Der Vorstoss wird in der Vernehmlassungsvorlage "Teilrevision des Gastgewerbegesetzes - Verbesserung des Jugendschutzes bei der Abgabe von alkoholischen Getränken" zur Abschreibung beantragt.

3.4.1.19 2006/169; Postulat von Martin Rüegg vom 22. Juni 2006: Kein Alkoholverkauf mehr an Tankstellen und Kiosken; überwiesen am 16/11/2006

Der Vorstoss wird in der Vernehmlassungsvorlage "Teilrevision des Gastgewerbegesetzes - Verbesserung des Jugendschutzes bei der Abgabe von alkoholischen Getränken" zur Abschreibung beantragt.

3.4.1.20 2006/156; Postulat von Siro Imber vom

8. Juni 2006: Weniger Verkehrsanordnungen, mehr Sicherheit und Verantwortung; überwiesen am 30/11/2006

Die Vorlage an den Landrat erfolgt im 1. Semester 2008.

3.4.1.21 2006/154; Postulat von Simone Abt vom 8. Juni 2006: EURO 08 ohne Zwangsprostitution; überwiesen am 30/11/2006

Das Anliegen wird im Rahmen der Vorbereitungen zur EURO 08 gemeinsam mit den zuständigen Stellen des Kantons Basel-Stadt, des Bundes, der Projektorganisation EURO 08 und weiteren Fachkreisen bearbeitet.

3.4.2 Motionen

3.4.2.1 2005/160; Motion der Spezialkommission Parlament und Verwaltung vom 9. Juni 2005: Änderung des Landratsgesetzes; überwiesen am 01/12/2005

Die Vorlage wird im Januar 2008 in die Vernehmlassung gegeben.

3.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

3.5.1 Postulate

3.5.1.1 2000/098; Postulat von Pascal Wyss vom 4. Mai 2000: Sicherung, Schutz und Nutzungskonzept für die Römervilla Munzach in Liestal; überwiesen am 30/11/2000

Da die Römervilla Munzach eine von mehreren sanierungsbedürftigen Ruinen ist, wurde deren Sanierung aus prioritären Gründen zurückgestellt. Zur Zeit ist die Landratsvorlage 2007/189 über den "Umgang mit und Sanierung von Burgen und Ruinen" hängig. Diese umreisst das Vorgehen; die Reihenfolge der Sanierung der kantonseigenen Ruinen ist dort angedeutet: Homburg, Pfeffingen, Munzach.

3.5.1.2 2000/145; Postulat von Heinz Aebi vom 22. Juni 2000: Förderung der Zweisprachigkeit in der Oberrheinregion; überwiesen am 30/11/2000

Das Postulat wird zusammen mit der Vorlage 2006/261, Konzept für den Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule, gemäss Beschluss des Landrates vom 1. Februar 2007 bearbeitet. Neben Massnahmen, wie sie im Sinne des Postulates bereits umgesetzt worden sind (Beteiligung am Oberrheinischen Schüleraustausch, bilinguales 10. Schuljahr) können mit dem Gesamtsprachenkonzept weitere Massnahmen geprüft werden.

3.5.1.3 2001/168; Postulat der FDP-Fraktion vom 21. Juni 2001: Bedarfsabklärung betreffend öffentlichen Tagesschulen; überwiesen am 10/01/2002

Die Finanz- und Kirchendirektion hat die von einer regierungsrätlichen Kommission ausgearbeitete Vorlage für ein „Gesetz für die familienergänzende Kinderbetreuung (FEB-Gesetz)" Ende 2007 in die Vernehmlassung gegeben. Sofern das vorgeschlagene Gesetz vom Landrat gutgeheissen wird, kann das Postulat als erfüllt abgeschlossen werden.

3.5.1.4 2002/283; Postulat der SP-Fraktion vom 14. November 2002: Finanzierung von stationären Platzierungen von Kindern und Jugendlichen sowie pädagogischen Familienbegleitungen; überwiesen am 08/05/2003

Das eine Anliegen des Postulates, nämlich die Gleichstellung der Finanzierung der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien mit jenen in Heimen, ist mit der Revision des Gesetzes über die Sozia-, die Jugend- und die Behindertenhilfe erfüllt worden. Der Landrat hat das Postulat aber nicht abgeschrieben, weil das zweite Anliegen, die Überprüfung der Finanzierung ambulanter Jugend- und Familienhilfe, im Rahmen des kantonalen Familiengesetzes behandelt werden soll. Inzwischen ist ein Gesetzesentwurf über die familienergänzende Kinderbetreuung in die Vernehmlassung gegeben worden, der auf diese Thematik nicht eintritt; der Entwurf für ein kantonales Familiengesetz ist weiterhin pendent.

Die aufgeworfene Frage der ambulanten Jugendhilfe soll deshalb im Rahmen des Projektes Leitbild Kinder- und Jugendhilfe (Regierungsprogramm 2008-2011, 6.05.03) behandelt werden. Das Projekt sieht in der Zusammenarbeit zwischen kantonalen Stellen und den Gemeinden eine Verbesserung der Koordination in der Kinder- und Jugendhilfe sowie eine Verstärkung ambulanter Massnahmen vor.

3.5.1.5 2004/245; Postulat von Christian Steiner vom 23. September 2004: Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Uebertritt am Kindergarten und an der Primarschule (VO BBZ vom 4. Mai 04); überwiesen am 25/11/2004

Eine Landratsvorlage, die sämtliche Vorstösse zur VO BBZ behandelt - unter Einbezug der Evaluation der geltenden VO BBZ - ist in Vorbereitung und wird dem Landrat in der 2. Hälfte 2008 unterbreitet.

3.5.1.6 2004/244; Postulat der FDP-Fraktion vom 23. September 2004: Bildungspolitik gehört in den Landrat!; überwiesen am 25/11/2004

Die Überarbeitung der Vorlage 2007/016 gemäss den Beschlüssen des Landrates vom 6. September 2007 wird im 1. Quartal 2008 erfolgen.

3.5.1.7 2004/243; Postulat der SVP-Fraktion vom 23. September 2004: Bildungspolitik gehört in den Landrat!; überwiesen am 25/11/2004

Die Überarbeitung der Vorlage 2007/016 gemäss den Beschlüssen des Landrates vom 6. September 2007 wird im 1. Quartal 2008 erfolgen.

3.5.1.8 2004/300; Postulat von Esther Maag vom 25. November 2004: EURO 2008: Sicherheit durch Prävention und Fan-Betreuung; überwiesen am 10/03/2005

Alle parlamentarischen Vorstösse zur EURO 08 wurden trotz ausführlicher Beantwortung bei der Beratung der Vorlage 2007/001, Verpflichtungskredit für die Planung, Organisation und Durchführung der UEFA Fussball-Europameisterschaft 2008 in der Region Basel, mit Beschluss vom 19. April 2007 stehen gelassen.

3.5.1.9 2005/144; Postulat von Dieter Völlmin vom 26. Mai 2005: Wiedereinführung des Semesterzeug-

nis an den Primarschulen; überwiesen am 23/03/2006

Eine Landratsvorlage, die sämtliche Vorstösse zur VO BBZ behandelt - unter Einbezug der Evaluation der geltenden VO BBZ - ist in Vorbereitung und wird dem Landrat in der 2. Hälfte 2008 unterbreitet.

3.5.1.10 2005/146; Postulat von Florence Brenzikofer vom 26. Mai 2005: Neues Beurteilungssystem an den Baselbieter Primarschulen; überwiesen am 23/03/2006

Eine Landratsvorlage, die sämtliche Vorstösse zur VO BBZ behandelt - unter Einbezug der Evaluation der geltenden VO BBZ - ist in Vorbereitung und wird dem Landrat in der 2. Hälfte 2008 unterbreitet.

3.5.1.11 2006/029; Postulat von Jürg Wiedemann vom 26. Januar 2006: Reduktion der Stundenausfälle an der Sekundarstufe 1; überwiesen am 18/05/2006

Der entsprechende Bericht wird dem Landrat im 1. Halbjahr 2008 unterbreitet.

3.5.1.12 2005/255; Postulat von Annemarie Marbet vom 22. September 2005: Sekundarschulkreis Sis-sach; überwiesen am 18/05/2006

Der entsprechende Bericht wird dem Landrat im 1. Halbjahr 2008 unterbreitet.

3.5.1.13 2006/100; Postulat von Christoph Rudin vom 6. April 2006: Gemeinsames Kulturkonzept für Basel-Stadt und Basel-Landschaft; überwiesen am 18/05/2006

Der Entwurf für ein neues BL Kulturgesetz liegt vor. Der Vorstoss wird im Rahmen dieser Vorlage behandelt, d.h. im 2. Halbjahr 2008.

3.5.1.14 2005/182; Postulat von Christoph Rudin vom 23. Juni 2005: Kulturgesetz; überwiesen am 18/05/2006

Der Entwurf für ein neues BL Kulturgesetz liegt vor. Der Vorstoss wird im Rahmen dieser Vorlage behandelt, d.h. im 2. Halbjahr 2008.

3.5.1.15 2006/046; Postulat von Eva Chappuis vom 16. Februar 2006: Schulbesuch am Tagesaufenthaltsort; überwiesen am 18/05/2006

Die Vernehmlassung bei den BL Gemeinden ist abgeschlossen. Nach deren Auswertung wird die Landratsvorlage angepasst und im 2. Halbjahr 2008 an das Parlament weitergeleitet.

3.5.1.16 2006/153; Postulat von Ruedi Brassel vom 8. Juni 2006: Aufbau eines Kompetenzzentrums für die Begleitforschung zu den Life Sciences; 19/10/2006

Ein gleichlautendes Postulat wurde im Grossen Rat Basel-Stadt eingereicht. Aufgrund der gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel wird zusammen mit BS im 1. Halbjahr 2008 eine Antwort erarbeitet. Diese wird beiden Parlamenten als partnerschaftliches Geschäft vorgelegt.

3.5.1.17 2006/206; Postulat der Petitionskommissi-

on vom 7. September 2006: Schaffung eines Berufsbildungsfonds; überwiesen am 19/10/2006

Das Postulat wird mit der Vorlage 2008/005 beantwortet und zur Abschreibung beantragt.

3.5.1.18 2006/154; Postulat von Simone Abt vom 8. Juni 2006: EURO 08 ohne Zwangsprostitution; überwiesen am 30/11/2006

Alle parlamentarischen Vorstösse zur EURO 08 wurden trotz ausführlicher Beantwortung bei der Beratung der Vorlage 2007/001, Verpflichtungskredit für die Planung, Organisation und Durchführung der UEFA Fussball-Europameisterschaft 2008 in der Region Basel, mit Beschluss vom 19. April 2007 stehen gelassen.

3.5.1.19 2006/101; Postulat von Christian Steiner vom 6. April 2006: Eltern bilden statt Kinder therapieren; überwiesen am 02/11/2006

Im Kanton BL wird von 2006 - 2009 die Kampagne "Stark durch Erziehung" durchgeführt. In Absprache mit dem Postulanten Christian Steiner erfolgt die Beantwortung des Postulats nach Abschluss derselben im Jahr 2009.

3.5.1.20 2006/116; Postulat von Georges Thüring vom 27. April 2006: Euro 08-Tickets für Baselbieter Bevölkerung; überwiesen am 02/11/2006

Alle parlamentarischen Vorstösse zur EURO 08 wurden trotz ausführlicher Beantwortung bei der Beratung der Vorlage 2007/001, Verpflichtungskredit für die Planung, Organisation und Durchführung der UEFA Fussball-Europameisterschaft 2008 in der Region Basel, mit Beschluss vom 19. April 2007 stehen gelassen.

3.5.2 Motionen

3.5.2.1 1998/112; Motion der FDP-Fraktion vom 28. Mai 1998: Für ein Konzept zur beruflichen Fort- und Weiterbildung (Erwachsenenbildung) im neuen Bildungsgesetz; überwiesen am 17/12/1998

Das Konzept "Weiterbildung Basel-Landschaft" liegt vor. Am 17. Oktober 2007 wurde es im Rahmen der Berufsschau in Pratteln vorgestellt. Im Jahr 2008 wird es dem Landrat zur Beratung vorgelegt.

3.5.2.2 2003/090; Motion der GPK vom 10. April 2003: Revision des Gesetzes über die Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebungen; überwiesen am 18/09/2003

Der Entwurf für ein neues BL Kulturgesetz liegt vor. Das Vernehmlassungsverfahren ist für das I. Halbjahr 2008 geplant. Die Beratung im Landrat ist für das 2. Halbjahr 2008 vorgesehen.

3.5.2.3 2003/188; Motion von Paul Schär vom 4. September 2003: Die Schule muss ein drogenfreier Raum werden!; überwiesen am 13/11/2003

Die Landratsvorlage wird dem Regierungsrat im 1. Quartal 2008 zur Beratung unterbreitet.

3.5.2.4 2004/241; Motion der FDP-Fraktion vom 23. September 2004: Genehmigung der Stufenlehrpläne und der Stundentafeln der einzelnen Schularten durch den Landrat; überwiesen am 03/02/2005

Die Überarbeitung der Vorlage 2007/016 gemäss den

Beschlüssen des Landrates vom 6. September 2007 wird im 1. Quartal 2008 erfolgen.

3.5.2.5 2004/239; Motion der SVP-Fraktion vom 23. September 2004: Genehmigung der Stufenlehrpläne und der Stundentafeln der einzelnen Schularten durch den Landrat; überwiesen am 03/02/2005

Die Überarbeitung der Vorlage 2007/016 gemäss den Beschlüssen des Landrates vom 6. September 2007 wird im 1. Quartal 2008 erfolgen.

3.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht

3.6.1 Postulate

Keine

3.6.2 Motionen

Keine

4 Anträge

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat:

1. die unter Ziffer 2 aufgeführten Vorstösse abzuschreiben und
2. von den Berichten zu den in Ziffer 3 aufgeführten Aufträgen Kenntnis zu nehmen und die Frist für die Erfüllung der Aufträge um ein Jahr zu verlängern.

Liestal, 29. Januar 2008

Im Namen des Regierungsrates
die Präsidentin: Pegoraro
der Landschreiber: Mundschin

Beilagen:

- Erfüllte, aber per Stichtag 31.12.2007 noch nicht abgeschriebene Vorstösse
- Abzuschreibende Postulate und Motionen